

Unsicherheit und wirtschaftliche Entwicklung

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Der aktuelle Zustand der Welt ist besorgniserregend. Gewissheiten der vergangenen drei Jahrzehnte scheinen über den Haufen geworfen. Die Sorgen reichen von kriegesischen Auseinandersetzungen und bewaffneten Konflikten über wirtschaftliche Belastungen in der Stagflation bis zu politischen Eruptionen angesichts einer neuen Migrationsproblematik. Vor dem Hintergrund der großen längerfristigen Probleme, wie dem Klimawandel und der demografischen Entwicklung, die heute schon richtige Weichenstellungen erfordern, erscheinen die Herausforderungen kaum bewältigbar, ja sogar übermächtig und bedrohlich. Die Zuversicht, angesichts der Vielfalt der Probleme rechtzeitig zu Lösungen zu kommen, ist bei vielen nur noch schwach ausgeprägt.

In einer solchen Situation macht sich Unsicherheit breit. Investitions- und Konsumzurückhaltung sind die ökonomischen Folgen. Die wirtschaftlichen Belastungen nehmen weiter zu, die Aussichten verschlechtern sich. Die Verunsicherung in den Märkten drückt sich in höheren Volatilitäten aus. Die Sorge vor einer erneuten Finanz- und Bankenkrise wächst.

In der Tat kommt derzeit viel zusammen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und der terroristische Überfall der Hamas auf Israel treffen die Staaten des Westens in einer schwierigen Lage. Die Folgen der Corona-Pandemie sind noch nicht ganz abgeklungen, die politische Polarisierung, die in einigen Staaten zur Stärkung populistischer Parteien und Strömungen geführt hat, ist hoch. Der Westen scheint verwundbar. Immer häufiger wird die Frage gestellt, ob die Vereinigten Staaten noch in der Lage sind, die Pax Americana aufrecht zu erhalten.

Historisch betrachtet bietet die aktuelle Situation hingegen wenig Neues – zumindest im Grundsatz. Der Nahostkonflikt Israels mit der Hamas und der Hisbollah, vor allem aber dem dahinterstehenden Iran ist nicht neu. Die Expansionsbestrebungen Russlands und Chinas sind keinesfalls überraschend. Und weder der Klima- noch der demographische Wandel bieten irgendetwas im Grundsatz Unvorhergesehenes. Unvermittelt tritt Louis de Funès mit seiner berühmten Szene aus der Filmkomödie Camouflage in die Erinnerung: Nein – Doch – Oh!

Gleichwohl: Es ist das geballte Zusammentreffen all dieser Krisen und Herausforderungen, das ungewöhnlich erscheint und das Wirtschaftsleben erschwert. Auf was muss man sich also einstellen?

1. Der Ukraine-Krieg wird weiter andauern; wichtig für einen Sieg der Ukraine wird die fortwährende Unterstützung durch die USA und die Europäer sein. Dies ist mit Unsicherheiten behaftet. 2. Der Nahost-Konflikt wird sich weiter zuspitzen. Ob die Annäherung Israels mit arabischen Staaten dadurch bedroht wird, bleibt offen. Auswirkungen auf den Ölpreis sind nicht auszuschließen. 3. Die Rivalität des Westens mit China wird sich intensivieren und die Wirtschaftsbeziehungen mit China belasten. China kämpft derzeit zudem mit internen Problemen, wie der Pleitewelle im Immobilienmarkt und ihren Auswirkungen auf das (Schatten-) Bankensystem. 4. Die Bekämpfung der Inflation durch die Notenbanken ist noch nicht beendet. Insbesondere in den USA ist von einer weiteren geldpolitischen Straffung auszugehen. Es wäre erstaunlich, wenn dies keine Auswirkungen auf die Geldpolitik der EZB, insbesondere auf die Finanzmärkte und das Bankensystem, hätte.

All das belastet zugleich die Märkte und die Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft. Ein dynamischer Wachstumsprozess ist derzeit nicht erkennbar. Die wirtschaftliche Erholung nach dem Corona- und dem Energiepreis-Schock kommt nur schleppend voran. Lichtblicke bieten derzeit allenfalls die Arbeitsmärkte – nicht nur in Deutschland, auch in anderen EU-Staaten und den USA. Wie lange dies noch anhalten wird, ist jedoch unklar.

Für Investoren bedeuten höhere Risiken zugleich höhere Chancen und damit verbundene Ertragsaussichten. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik benötigt in einer solchen Situation aber einen klaren Kompass. Sie zeigt sich derzeit allerdings nicht fähig zu der erforderlichen Geschlossenheit. Dies gilt für die Bundesregierung, für die EU und für die transatlantische Partnerschaft. Es wird Zeit, dass sich dies ändert und die Zusammenarbeit der Staaten des Westens intensiviert wird.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld